

GRIECHENLAND BITTET UM FINANZHILFE

„Der deutsche Steuerzahler haftet“

Jetzt also doch: Nachdem es wochenlang hieß, der Ernstfall werde wohl nicht eintreten, hat Griechenland gestern die Euro-Staaten und den Internationalen Währungsfonds (IWF) um finanzielle Unterstützung gebeten. Wie sprachen mit Allianz-Chefvolkswirt Michael Heise über den griechischen Hilferuf und seine Folgen für Deutschland.

■ Deutschland wird mit 8,4 Milliarden den Löwenanteil der Kredite für Griechenland schultern müssen. Wo soll das Geld denn herkommen?

Das wird über die Kreditanstalt für Wiederaufbau finanziert, die diese Hilfe wohl als Darlehen auszahlen will und nicht über den Erwerb von griechischen Staatsanleihen. Die Haftung übernimmt letztendlich der Bund – und damit der deutsche Steuerzahler.

■ Wird der Steuerzahler dadurch belastet?

Nein, soweit der Kredit zurückgezahlt wird, ist es nicht zum Nachteil des Steuerzahlers. Man muss aber ganz klar sagen, dass mit einem solchen Kredit immer das Risiko verbunden ist, dass er nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wird. Dieses Risiko trägt der Steuerzahler, nicht aber die laufende Finanzierung.

■ Wie hoch schätzen Sie die Gefahr ein, dass Griechenland diese Schulden nicht bezahlen kann?

Ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass Griechenland die Kredite in vollem

Umfang zurückzahlen. Man wird dem Land aus seiner Krise heraus helfen, die Lage dort ist keineswegs so aussichtslos, wie sie oft dargestellt wird. Es bedarf aber einer sehr, sehr konsequenten Politik, um die nötigen Reformen und Sparmaßnahmen in Angriff zu nehmen. Aber dabei hat Griechenland ja nun die Unterstützung der EU und des Internationalen Währungsfonds – da fällt es der Regierung vielleicht ein wenig leichter, die politischen und gesellschaftlichen Widerstände gegen diese Politik zu überwinden.

■ Was muss Griechenland nun tun, um wieder auf die Beine zu kommen?

Die Regierung muss sehr unangenehme Reformen anpacken und dabei sehr viele Sozialleistungen kürzen. Das bedeutet, dass die Menschen, die davon betroffen sind, ihren Lebensstandard auf anderem Wege absichern müssen: Mehr arbeiten, neue Beschäftigungsfelder suchen, später in Rente gehen, unangenehmere Arbeit machen. Außerdem muss die Korruption bekämpft werden, Privatisierungen müssen durchgeführt und Steuerschulden eingetrieben werden.

■ Und das hilft? Was sagt die Erfahrung?

Die Erfahrung ist, dass solche Reformen neues Wachstum und neue Dynamik erzeugen können. Das haben alle Länder erlebt, die in der Krise eine konsequente Reformpolitik verfolgt haben. Erstaunlich

erweise geht die Wirtschaft dann immer erst einmal kräftig in die roten Zahlen. Aber nur für kurze Zeit, dann folgt in der Regel eine Phase, in der die Wirtschaft wieder Fahrt aufnimmt. Das wird in Griechenland wahrscheinlich nicht anders sein.

■ Lange hieß es, Griechenland werde die Hilfe wohl gar nicht in Anspruch nehmen müssen, nun kommt es doch anders: Ist dies jetzt wirklich der einzig mögliche Schritt?

Ich denke, jetzt ist es alternativlos. Die Märkte sind mit den Risikoprämien für Griechenland so nach oben geschossen, dass es für den griechischen Staat nicht mehr vertretbar gewesen wäre, Geld aufzunehmen.

■ Also ist das Kalkül der Kanzlerin nicht aufgegangen, dass allein schon die Ankündigung der Unterstützungsbereitschaft ausreichen würde, um die Märkte zu zähmen?

Ich denke, dass die Kommunikation im Zusammenhang mit den Hilfspaketen der EU für Griechenland nicht überzeugend war. Man sieht ja an der Reaktion der Märkte, dass diese große Zweifel hatten, wie weit die Hilfsbereitschaft wirklich geht. Auch die Äußerungen Griechenlands, ob diese Hilfe nun angenommen wird oder nicht, hat nicht gerade zur Beruhigung beigetragen. Deshalb haben die Märkte, die ja immer zu Übertreibungen und Exzessen neigen, die Risikoprämien hochschlagen lassen und damit er-

zwungen, dass den Worten der Politik nur Taten folgen müssen.

■ Immer wieder wird die Forderung laut, Griechenland aus der Euro-Gruppe auszuschließen. Was halten Sie davon?

Ich halte davon wenig, weil wir dadurch die Spekulation der Märkte auf die Frage richten würden, ob nicht auch andere Länder mit Schwierigkeiten aus dieser Zone aussteigen werden. Daher würde man durch einen Austritt Griechenlands den wirtschaftlichen Zusammenhalt der gesamten Euro-Zone gefährden. Zudem würden für Griechenland die Kosten für die Kreditfinanzierung enorm hochsteigen. Die würden vielleicht wieder 15 Prozent Zinsen zahlen und könnten ihre Schulden dann erst recht nicht in den Griff kriegen. Eine kräftige Abwertung würde zu inflationären Entwicklungen führen. So würde die Wettbewerbsfähigkeit wieder zurückgegriffen, die man durch einen Austritt aus dem Euro-Raum und die dadurch mögliche Abwertung der Drachme kurzfristig befördern würde.

Interview: Andreas Zimmlok



Michael Heise
ist Chefvolkswirt
der Allianz-Gruppe